

GroKo nur mit sozial-ökologischer Erneuerung!

Liebe Delegierte des SPD-Parteitag,

Berlin, 19. Januar 2018

„Umweltgerechtigkeit ist das Ziel unserer Politik. Denn die zerstörte Umwelt gefährdet die Gesundheit und vertieft soziale Ungleichheit bei uns und weltweit“. So haben Sie es im SPD-Regierungsprogramm geschrieben.

Nun diskutieren Sie die Frage, ob und wie die SPD dies in den nächsten vier Jahren mitgestalten will. Wir sind uns sicher: Soziale und ökologische Fragen müssen in Zukunft zusammen gedacht und gestaltet werden. Die SPD ist die zentrale Kraft in Deutschland, die dies anpacken kann! Bitte nutzen Sie diese Chance und beenden Sie den Stillstand der letzten Jahre bei der Bewältigung der drohenden Klimakrise und bei der Gestaltung einer verbraucher- und umweltgerechten Landwirtschaft, die wieder Perspektiven für bäuerlicher Betriebe und den ländlichen Raum schafft.

Eine solche zukunftsgerichtete Erneuerung hat aber mit vielen Widerständen und Herausforderungen zu kämpfen, das haben die letzten vier Jahre schmerzhaft gezeigt. Die im Sondierungspapier beschriebenen Ansätze reichen nicht, um zu einer sozial-ökologischen Erneuerung zu kommen. So werden sogar Klimaschutz und bezahlbares Wohnen gegeneinandergestellt und deshalb neue Energiespar-Vorgaben für den Gebäudebestand per se ausgeschlossen. Dabei können gerade Haushalte mit geringem Einkommen von hohen Effizienzstandards und damit Einsparungen bei den Energiekosten profitieren, wenn klima- und sozialpolitische Maßnahmen klug kombiniert werden. Klimaschutz bringt mehr soziale Wohlfahrt, insbesondere, wenn Kosten und Nutzen gerecht verteilt werden.

Die alten Gegensätze taugen nicht mehr. Soziale und ökologische Herausforderungen müssen zusammen gedacht werden! Das ist gut für Deutschland, gut für die Umwelt, gut für Arbeitsplätze und gut für die Menschen! Daher unsere Bitte: Setzen Sie sich dafür ein, dass im Rahmen von möglichen Koalitionsverhandlungen klare Zielstellungen und konkrete Maßnahmen in einen Koalitionsvertrag aufgenommen werden. Dazu zählen insbesondere:

- **Klimaziel 2020 einhalten:** Die nächste Bundesregierung darf das Klimaziel nicht preisgeben und muss unverzüglich selbst die nötigen politischen Beschlüsse fällen. Notwendig ist, die ältesten und dreckigsten Kohlekraftwerke im Umfang von rund 100 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich abzuschalten oder zu drosseln. Denn Maßnahmen in allen anderen Bereichen werden bis 2020 keine annähernd großen Effekte bringen können.
- **Kohleausstieg mit klimapolitischen Leitplanken:** Damit die CO₂-Emissionen in Deutschland endlich wieder sinken, braucht es den baldigen, strukturpolitisch flankierten Abschied von der Kohle. Die dafür jetzt vorgesehene Kommission braucht klare klimapolitische Vorgaben damit angemessen über Fahrplan und Ausstiegsdatum beraten wird. Der Ausstieg muss im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen sowie den nationalen Klimazielen verhandelt und gesetzlich fixiert werden. Zentral ist die Konkretisierung des langfristigen Klimaziels auf minus 95 Prozent CO₂-Reduktion bis spätestens 2050.

Das bedingt den Kohleausstieg noch vor 2030. Der längst begonnene Strukturwandel in den Kohle-Revieren muss finanziell unterstützt und neue Perspektiven für die Beschäftigten und die Regionen geschaffen werden.

- **Nachhaltige Mobilität gestalten:** Die Verkehrswende muss umgehend eingeleitet werden, damit das sektorale Klimaziel für den Verkehr bis 2030 erreicht werden kann. Notwendige Maßnahmen sind: Strenge Effizienzvorgaben für Pkw, ein verbindlicher Pfad für den Aufbau umweltverträglicher, effizienter E-Mobilität in allen Bereichen, vorrangiger Ausbau der Schiene und des Nahverkehrs zur Verkehrsverlagerung und integrierte Verkehrsplanung in den Städten und Gemeinden. Das sichert bezahlbare Mobilität für alle.
- **Umbau der Tierhaltung einleiten:** Die Umstellung der Tierhaltung, weg von der Massentierhaltung und hin zu tiergerechten Haltungsverfahren, gelingt nur, wenn die Nutztierhaltungsstrategie mit finanziellen und rechtlichen Maßnahmen und einem ambitionierten Zeitplan unterlegt wird. Die nationalen Spielräume bei der Verteilung der europäischen Agrarzahlungen müssen stärker im Sinne der bäuerlichen Landwirtschaft, der Weidewirtschaft und zum Umbau der Nutztierhaltung genutzt werden.
Echte Wahlfreiheit beim Kauf von Fleisch, Milch und anderen tierischen Produkten ist ein wichtiger Baustein, um Verbraucherrechte zu stärken. Die Einführung einer staatlichen, verpflichtenden Tierhaltungskennzeichnung mit ambitionierten Kriterien ist im Sinne von Tier- und Verbraucherschutz unverzichtbar.
- **Glyphosat verbieten:** Um unsere Gesundheit und Artenvielfalt zu schützen, muss in Deutschland die Verwendung von Glyphosat in Naturschutz- und Trinkwasserschutzgebieten, in Haus- und Kleingärten, auf kommunalen Flächen und zur Vorerntebehandlung umgehend verboten werden. Der vollständige Ausstieg aus der Glyphosat-Verwendung muss im Laufe der Legislatur vollendet sein.
Das „Aktionsprogramm Insektenschutz“ muss auch ein ehrgeiziges Pestizidreduktionsprogramm mit klaren Minderungszielen und ein sofortiges Verbot problematischer Wirkstoffe wie der für Bienen und andere Insekten besonders gefährlichen Neonikotinoide enthalten.

Ihre

Hubert Weiger
BUND-Vorsitzender

Olaf Bandt
BUND-Bundesgeschäftsführer
Politik & Kommunikation